

„NACH PARIS PASSIERT HIERZULANDE ZU WENIG“

Text: Michael Nallinger, Fotos: Andreas Reeg

Als einer der Grünstrom-Pioniere ist Matthias Willenbacher nach wie vor von einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien überzeugt. Sein „unmoralisches Angebot“ an die Kanzlerin hat aber nur teilweise die von ihm erhoffte Wirkung gezeigt. Der Mitbegründer von Juwi sieht in den aktuellen energiepolitischen Entscheidungen zu viel Planwirtschaft und befürchtet das Abwürgen eines dynamischen Marktes. An anderer Stelle ist er optimistischer: Die Verkehrswende werde gegenüber der Energiewende „rasend schnell“ gehen.

Herr Willenbacher, Sie haben in einem Interview gesagt: Über manche Dinge denke ich nicht lange nach. Ich mache sie, wenn sie 100-prozentig zu meinem Lebenskonzept passen. Wie sieht momentan Ihr berufliches Leben aus?

Es gibt natürlich noch einige Verbindungen zu Juwi. Schließlich war ich dort lange genug als Gründer und Vorstand unterwegs. Obwohl ich heute weder im Aufsichtsrat noch im Vorstand sitze, hängt mein Herz immer noch am Unternehmen und selbstverständlich auch an der Energiewende. Ich bin nach wie vor daran interessiert, den Weg hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien dezentral und schnellstmöglich zu erreichen. Dazu wird meine 100-Prozent-erneuerbar-Stiftung auch das eine oder andere Projekt anschieben. Ich lege mich also nicht einfach in den Garten oder reise durch die Welt. Dazu bin ich zu untrübig.

Und was machen Sie konkret?

Im Bereich der erneuerbaren Energien gibt es verschiedene Bereiche, in denen ich meine 20-jährige Expertise in der Realisierung von Ökostromanlagen

mit insgesamt über 3.000 Megawatt Leistung einbringen kann. Neben der Beratung von Investoren, Projektentwicklern und Kommunen bei Planung, Kauf oder dem Betrieb von Anlagen gibt es das Angebot der Bürgerbeteiligung über Kapitalmarktprodukte durch die „wiwin“, die ehemalige Juwi Invest. Dort werden wir uns jedoch nicht nur auf Projekte im Bereich erneuerbarer Energien beschränken, sondern auf unserer Plattform für Schwarmfinanzierung auch andere Produkte in Sachen Nachhaltigkeit anbieten. Einbringen kann ich dort viel Expertise sowohl im Aufbau von kleineren als auch mit größeren Unternehmen. Besonders wertvoll war für mich die Erfahrung, ein Unternehmen wie Juwi durch die Krise im Jahr 2014 zu führen.

Die Entwicklung bei Juwi ging ja steil nach oben, fast ebenso steil in die Gegenrichtung verlief die Problemlinie. Was waren die Gründe?

Die Gründe sind sicherlich vielfältig und bei schnell wachsenden Unternehmen häufig ähnlich. Hauptursache aber war, dass die Politik in dieser Phase erstmals

MATTHIAS WILLENBACHER

Der Physiker gründete 1996 zusammen mit Fred Jung die Firma Juwi, eine Wortverbindung der Anfangsbuchstaben der beiden Nachnamen. Dort war der leidenschaftliche E-Autofahrer seit der Gründung bis zum 31. März 2015 Vorstand. Zusammen mit seinem Partner wurde Willenbacher 2009 vom Wirtschaftsmagazin „Capital“ als „Greentech Manager des Jahres“ ausgezeichnet. Die Beratungsgesellschaft Ernst & Young verlieh ihm 2009 den Titel „Entrepreneur des Jahres“. Große mediale Aufmerksamkeit erzielte sein 2013 erschienenes Buch „Mein unmoralisches Angebot an die Kanzlerin“. Heute unterstützt der 46-Jährige junge „grüne“ Unternehmen sowohl finanziell als auch mit Rat und Tat.





Entspannte Atmosphäre: Matthias Willenbacher im Gespräch in der Malakoff Bar des Hyatt Regency in Mainz, die Teil einer ehemaligen Festung ist.

radikal die Bedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verändert hatte. In den 17 Jahren zuvor konnte man sich immer auf Übergangsphasen beim EEG verlassen. Im Jahr 2012 betrug dieser Zeitraum aber nur drei Monate. Wir hatten damals sehr stark auf Freiflächenanlagen gesetzt. Es war definitiv nicht möglich, so kurzfristig das Geschäftsfeld an die neuen Bedingungen anzupassen. Juwi hatte 2012 mit etwa 350 Millionen Euro ein Drittel ihres Umsatzes hierzulande in diesem Segment gemacht. Im folgenden Jahr ging dieser Umsatz auf nahezu null zurück.

Nach 20 Jahren Juwi dürfte Ihnen auch persönlich der Ausstieg schwergefallen sein?

Als Anteilseigner bin ich Juwi ja noch verbunden. Die reine Vorstandstätigkeit ist mir persönlich nicht besonders wichtig und diese strebe ich auch derzeit nicht an. Allerdings ist es durchaus nicht einfach, von außen zu betrachten, dass andere Personen das Geschäft anders angehen.

Im Rahmen einer Kapitalerhöhung hat MVV Energie 63 Prozent am Unternehmen übernommen. Ein weiteres

Zeichen, dass sich das Geschäftsfeld der erneuerbaren Energien zunehmend professionalisiert.

Es zeigt, dass auch die großen EVU verstanden haben, dass die Zukunft ausschließlich in den erneuerbaren Energien liegt, und insofern viel Geld investieren, um hier verlorene Zeit wieder aufzuholen. Ich wünsche mir, dass Projekte aus den Kommunen und der Bürgerschaft heraus damit auch weiterhin möglich bleiben. Aus meiner Sicht sollte das zentrale Element der zukünftigen Energiebereitstellung sein, dass jeder frei wählen kann, wie er seine Energie bezieht: ob über den regionalen Energieversorger, das Stadtwerk, oder ob er dies selbst in die Hand nehmen will. Hier ist es ganz wichtig, den Menschen die Potenziale aufzuzeigen, denn dann hat es die Politik schwerer, ihnen diese Wünsche zu verwehren. Ich bin überzeugt davon, dass dabei neben der Eigenversorgung auch regionale Energieunternehmen eine besondere Rolle spielen werden.

Ab dem kommenden Jahr soll es die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz für Wind- und größere Solaranlagen nur noch per Ausschreibung geben. Aus Ihrer Sicht der richtige Schritt?

Nicht unbedingt, denn dies bedeutet Planwirtschaft. Es wird nur die Projekte geben, die sozusagen „im Plan“ sind und damit durch die Mengenvorgaben für den Ökoenergieausbau vorgesehen sind. Somit ist jede Dynamik im Markt abgewürgt. Gleichzeitig findet kein Wettbewerb um den günstigsten Preis der Energieerzeugung statt: Denn die teuerste Form der erneuerbaren Energien – die Förderung der Offshore-Wind-Technologie – soll am stärksten gefördert werden und die günstigste – Windkraft an Land – am meisten eingeschränkt.

Was ist schlecht an einem Plan, wenn so die vereinbarten Ziele erreicht werden?

Die Bundesregierung hat 2009 den Plan aufgestellt, pro Jahrzehnt den Anteil der erneuerbaren Energien an der Gesamtstromproduktion um bis zu 15 Prozent zu erhöhen. Dieses Ziel wurde mit einer Steigerung von knapp 20 Prozent auf 33 Prozent im Jahr 2015 bereits nach fünf Jahren erreicht. Allerdings sind die Zielvorgaben unverändert hoch geblieben. In einem dynamischen Geschäftsfeld, wie es die erneuerbaren Energien nun



„Es ist durchaus nicht einfach, von außen zu betrachten, dass andere Personen das Geschäft anders angehen.“

mal sind, ist die Situation in etwa so, als würden Sie Apple Planvorgaben für die I-Phone-Produktion machen.

Der Unterschied ist doch aber, dass Apple keine Subventionen für seine Produkte erhält.

Das sehe ich anders. Wenn Atom- und Kohlekraftwerke keine verdeckten Subventionen mehr erhalten würden, würde viel stärker auf erneuerbare Energien gesetzt werden. Ökostrom ist heute bereits günstiger, insbesondere dann, wenn man die nicht entsprechend eingepreisten Kosten für Entsorgung und Emissionen beim Kraftwerksbetrieb berücksichtigt.

Im Hinblick auf den Kostenaspekt sind zudem die erzielten Preise der Photovoltaik-Ausschreibungen mit zuletzt acht Cent pro kWh recht niedrig ausgefallen.

Wir sollten abwarten, welche Anlagen davon tatsächlich gebaut werden. Bislang ist ja noch keines dieser Projekte umgesetzt. Bei den ersten Ausschreibungsrunden kamen viele bereits fertig entwickelte Projekte zum Zuge, die lediglich aus der Schublade gezogen werden mussten. Deshalb ist es heute auch schwierig zu beurteilen, wie die kommenden Ausschreibungsrunden laufen werden.

Werden die Kosten also steigen?

Eines ist doch völlig klar: Da die Risiken steigen, müssen die Anlagenbetreiber

mit einer höheren Verzinsung kalkulieren. Dies bedeutet einen höheren Preis.

Wie bewerten Sie den Vorschlag einer regionalen Windquote?

Das ist sinnvoll. Wenn die Energie dort produziert wird, wo sie auch verbraucht wird, bedeutet dies kürzere Transportwege und damit weniger Netzausbau. Dass der große Netzkostenblock nicht angemessen berücksichtigt ist, ist ein weiteres Manko des Ausschreibungsmodells.

Kommen wir zu einem anderen Thema. Ihr „unmoralisches Angebot“ an die Kanzlerin, in dem Sie ihr anbieten, Ihre Juwi-Unternehmensanteile an 500 Bürgerenergiegenossenschaften zu verschenken, wenn Angela Merkel bis 2020 eine 100-prozentige dezentrale Energiewende durchsetzt, müssen Sie wohl nicht mehr einlösen. Hat sich Frau Merkel eigentlich einmal bei Ihnen gemeldet?

Nein, das habe ich aber auch gar nicht erwartet.

Haben Sie trotzdem Ihre Ziele erreicht?

Ich wollte einerseits ein Motivationsbuch für Insider schreiben und andererseits einen Zugang für breite Bevölkerungskreise schaffen, damit sich diese mit dem Thema der Vollversorgung über erneuerbare Energien auseinandersetzen. Diese Ziele habe ich, glaube ich, erreicht. Anders sieht es mit den politischen Zielen aus.



„Wenn die Kostenparität zu Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor hergestellt ist, werden nur noch Elektrofahrzeuge gekauft werden.“

Wie waren denn die Reaktionen aus der Politik?

Es gab wenige und dann vor allem kritische Anmerkungen. Mein Ziel war natürlich auch, die politisch Verantwortlichen zu mobilisieren und diese auf einen stärkeren Ökoenergieausbau einzuschwören. Wenn man die aktuellen Entwicklungen betrachtet, bin ich damit gescheitert.

Sie haben einmal in einem Interview gesagt: Mit dem Klimawandel ist es wie bei der Gesundheitsvorsorge: Da sollte jeder mehrmals die Zähne putzen. Wie fällt Ihr Urteil zur Klimakonferenz in Paris unter diesem Gesichtspunkt aus?

Vor Paris hatte ich einen solch positiven Ausgang nicht erwartet. Mir ist aber noch nicht so klar, inwieweit jeder sich an die Beschlüsse hält und entsprechend agiert. Wenn man sich betrachtet, was auf dem Klimagipfel besprochen worden ist, passiert hierzulande zu wenig. Das

Signal, das Paris aussendet, bedeutet eigentlich die Energiewende zu beschleunigen. Anstatt dessen tritt man auf die Bremse. Wir sind aus meiner Sicht nicht mehr auf dem Weg der Energiewende. Der Ökoenergieausbau ist zu einer begrenzten und additiven Angelegenheit geworden. Auch volkswirtschaftlich würde sich ein ambitionierterer Weg rechnen. So waren beispielsweise vor wenigen Jahren noch über 100.000 Menschen in der Photovoltaik-Industrie beschäftigt, diese Zahl ist auf geschätzt 10.000 bis 15.000 zurückgegangen und dies bei einem gestiegenen Weltmarkt.

In China lässt sich ein Solarmodul einfach günstiger produzieren.

Es geht ja um die gesamte Wertschöpfungskette. Auch die deutschen Automobilhersteller produzieren nicht ihre gesamten Produkte in Deutschland. Man darf doch nicht nur deshalb eine komplette Branche in Frage stellen, weil bestimmte Teile in China hergestellt werden. Dann dürfte auch kein Mercedes mehr verkauft werden. Diese Stimmungsmache gegen chinesische Solarmodule ist unerträglich. Es bleibt hierzulande noch ausreichend Wertschöpfung – etwa bei der Produktion von Wechselrichtern oder bei Installationsarbeiten –, wenn man nur die vorhandenen Potenziale auch nutzen würde.

Nach eigenen Angaben sind Sie der erste Europäer, der einen Tesla Roadster besaß. Zählen Sie zu den Optimisten, die an eine Million Elektrofahrzeuge bis 2020 glauben? Nehmen Sie hier die Bundeskanzlerin beim Wort?

Diese Entwicklung ist sehr stark abhängig vom Agieren der Politik. Aber eines ist sicher: An der Elektromobilität geht

kein Weg vorbei. Der Automarkt wird sich radikal verändern, da nicht nur das elektrische, sondern im Schlepptau auch das autonome Fahren kommen werden. Ich fahre nicht nur einen Tesla Roadster, sondern auch den Model S. Mit Letzterem habe ich bei einer Reichweite von bis zu 500 Kilometern überhaupt keine Mobilitätseinschränkungen.

Wird die Verkehrswende leichter als die Energiewende?

Auf jeden Fall. Die Veränderungen im Mobilitätsverhalten werden rasend

schnell gehen. Wenn die Kostenparität zu den Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren hergestellt ist, werden nur noch Elektrofahrzeuge gekauft werden. Die Politik kann dann an dieser Stelle nur das Ausbautempo mitbestimmen. Durch Kaufanreize, finanziert etwa über eine höhere Besteuerung emissionsstarker Fahrzeuge, hätten auch die deutschen Autobauer stärkere Anreize einzusteigen. Ich vermute mal, deren Rückstand ist auch der Hauptgrund dafür, dass es hierzulande heute noch keine Kaufanreize für Elektrofahrzeuge

gibt. Das hat sich in letzter Zeit geändert. Deshalb wird es wohl auch bald eine Förderung geben.

Ihr Spürsinn als Pionier müsste sich doch eigentlich an dieser Stelle angesichts der Herausforderungen und Chancen melden.

Ich habe hier durchaus ein paar Ideen. Mobilität ist aber nicht das Thema, bei dem ich mich stark engagieren werde. Ich werde meiner Leidenschaft für die neue Energiewelt rund um die regenerativen Energien treu bleiben. ●